

Der Fall Holzmann:
Vom Deutschlandlied

und den „vaterlandslosen Gesellen“

Der Fall Holzmann ist fast schon Geschichte. Nichtsdestotrotz sehen wir Gründe diesen Fall noch einmal einer näheren Betrachtung zu unterziehen. In diesem Beinahe-Konkurs einer traditionsreichen Baufirma traten die spezifischen Klassenverhältnisse und die spezifische Form des Kapitalismus in Deutschland, der „rheinische“ Kapitalismus zu Tage. Weiter von Bedeutung sind die populistischen, unwissenschaftlichen Betrachtungen über die Rolle der Banken und des Kredits in der kapitalistischen Produktionsweise, welche in der theoretischen und politischen Behandlung dieses Fall offenbar wurden. Diese populistische, der kleinbürgerlichen Ideologie verhafteten Sichtweise, kann man sowohl bei der Mehrheit der Linken, wie auch bei der großen Mehrheit des Volkes feststellen.

Von besonderem Interesse für die zukünftige kommunistische Politik ist das mögliche Aufkommen eines neuen Nationalismus im „Kampf“ gegen das, durch die Banken verkörperte, internationale Finanzkapital bei Teilen der Arbeiterklasse in Deutschland. Der soziale Kern dieses Nationalismus sind die, mit dem Begriff des „Arbeitsplatz“ verbundenen Illusionen über die Rolle des Proletariats im Kapitalismus innerhalb der Klasse selbst. Überkapazitäten von Kapital in der Bauindustrie

Die Probleme der Bauindustrie in Deutschland, welche im Fall Holzmann nur in zugespitzter Form, einen Großbetrieb betreffend, auf die Tagesordnung getreten sind, sind dreierlei Natur. Erstens gibt es seit Jahren Überkapazitäten, eine Überproduktion von Kapital, in der deutschen Bauindustrie. Diese Überproduktion von Kapital ist ein Produkt des künstlichen Baubooms der Wiedervereinigung, des Zeitraums von 1990-94. „Die Vereinigung ist die wichtigste Wurzel dieser Krise. Sie hat der deutschen Bauwirtschaft in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Sonderkonjunktur beschert.“ (FAZ 273/99, S. 3) Seit 1995 befindet sich die Baubranche in einer chronischen Krise. „Es sei nötig, alle überschüssigen inländischen Kapazitäten um mindestens 20% abzubauen.“ ... „Ein Rückzug der Banken und Versicherungen im Zuge der geplanten Steuererleichterungen bei Anteilsverkäufen dürfte die Probleme noch verschärfen.“ (Ignaz Walter, Präsident des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie, Neue Presse, 19.1.2000, S.5) Der zweite Punkt ist die niedrige Arbeitsproduktivität in der deutschen Bauindustrie. Anstatt mit dem Einsatz moderner Maschinerie die Produktivkräfte zu entwickeln und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, wird in der deutschen Bauindustrie mit ausländischen Arbeitern als Billiglohnarbeitern, Schwarzarbeitern etc. produziert. Das dritte Hauptproblem ist die überholte, integrierten Struktur der deutschen Bauindustrie, die von der Planung bis zur Umsetzung reicht. Dies im Gegensatz zu den USA, wo die großen Baufirmen faktisch nur noch Architektur- und Ingenieurbüros sind, in deren Auftrag andere Firmen die Ausführung machen.

Im Falle von Überproduktion von Kapital gilt allgemein, was Engels schon 1883 in Bezug auf die deutsche Eisenhüttenindustrie feststellte: „daß in Deutschland zwei Hüttenwerke sind, ... deren jedes imstande ist, *den ganzen inländischen Bedarf zu decken*: ... daß hier nur Eroberung des auswärtigen Marktes helfen, also absoluter Freihandel oder *bankrott*“ (MEW 19, S.563)

Von Banken und Aktiengesellschaften

Trotz dieser, eigentlich der inneren Logik der kapitalistischen Produktionsweise entsprechenden Entwicklung, war jedoch das populistische Geschrei groß. Wegen einiger Millionchen eine alte, traditionsreiche Baufirma in den Bankrott, sowie 17000 „Arbeitsplätze“ bei Holzmann und weitere 30000 bei den vielen kleinen Zuliefererfirmen weg, so der allgemeine Tenor. In der Hauptsache richtete sich dieses populistische Geschrei gegen die Banken als die vermeintlich Hauptverantwortlichen der Misere.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig näher auf die Rolle der Banken und des Kredits im Kapitalismus einzugehen. Daneben ist die Rolle der Aktiengesellschaften als der höchsten und entwickeltsten Form des Kapitals näher zu behandeln.

Beginnen wir mit dem letzteren, den Aktiengesellschaften und ihrer Rolle in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. In seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ heißt es bei Marx hierzu: „Das Kapital, das an sich auf gesellschaftliche Produktion beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen), im Gegensatz zum Privatkapital, ... Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“ (MEW 25, S.452) Und weiter: „Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebensosehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten, nur daß in den einen der Gegensatz negativ und in den andren positiv aufgehoben ist.“ (ebd., S.456) Für Marx sind die Aktiengesellschaften eine notwendige, auf dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion beruhende Entwicklungsform des Kapitalismus.

Ähnliches gilt für das Kreditwesen: „Abgesehen von dem Aktienwesen - das eine Aufhebung der kapitalistischen Privatindustrie auf Grundlage des kapitalistischen Systems selbst ist, und in demselben Umfang, worin es sich ausdehnt und neue Produktionssphären ergreift, die Privatindustrie vernichtet -, bietet der Kredit dem einzelnen Kapitalisten ..., eine innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum und dadurch über fremde Arbeit. Verfügung über gesellschaftliches, nicht eigenes Kapital, gibt ihm Verfügung über gesellschaftliche Arbeit.“ (ebd., S.455) Im Kredit gewinnt der gesellschaftliche Charakter der Produktion im Kapitalismus seine entwickelteste Ausdrucksform, allerdings auch nur die Form, die Form der privaten Aneignung der Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion. Für Marx ist das Kreditwesen der Haupthebel, der innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sowohl

die Bedingungen ihrer Auflösung, wie die materiellen Bedingungen der zukünftigen kommunistischen Produktionsweise schafft: „Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarktes, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“ (ebd., S.457)

Zu den Banken im speziellen heißt es bei Marx: „Eine Bank stellt auf der einen Seite die Zentralisation des Geldkapitals, der Verleiher, auf der andern die Zentralisation der Borger dar. Ihr Profit besteht im allgemeinen darin, daß sie zu niedrigeren Zinsen borgt, als sie ausleiht.“ (ebd., S. 416) Die Banken spielen im Kapitalismus keineswegs die entscheidende und führende Rolle, sondern eine dienende und für das Funktionieren des modernen Kapitalismus wesentliche Rolle. Ihre Aufgabe ist die Bereitstellung möglichst des ganzen disponiblen Geldkapitals zum Zwecke der Verwertung des Kapitals, welches nur im Produktionsprozeß möglich ist. Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches *Produktionsverhältnis* und kein gesellschaftliches *Kreditverhältnis*. Die gegenteilige, in der Tendenz von Lenins Imperialismustheorie herrührende Behauptung, ist im Kern eine Ablenkung von den grundlegenden Widersprüchen des Kapital als einem gesellschaftlichem *Produktionsverhältnis*. Dies muß abgeschafft werden und nicht an dessen Stelle die Banken verstaatlicht werden. Eine Verstaatlichung der Banken würde an den grundlegenden Produktionsverhältnissen gar nichts ändern. Mit der Aufhebung des Kapitalverhältnis durch die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und der Produktion nach Plan, verschwinden die Banken, wie auch das Geld, als notwendige Mittel der auf dem Privateigentum beruhenden Produktion, von selbst.

Interessant ist hier auch, dass in Konsequenz der Beinahe-Pleite der Holzmann-AG, es zu einer Neubewertung der traditionellen Rolle der Banken gegenüber dem industriellen Kapital in Deutschland kommen könnte. In Bezug auf die Holzmann-Geschichte zeigten sich erneut die Gefahren der langfristigen Kreditgewährung der Banken an das industrielle Kapital, für die Banken selbst. In der Hauspostille der liberalen Bourgeoisie in Deutschland, der FAZ, heißt es hierzu: „Aber zugleich ist die klassische Hausbankbeziehung aus Kreditgewährung, Anteilseignerschaft, Depotstimmen sowie Vertretung im Aufsichtsrat endgültig zu Grabe getragen worden.“ (FAZ 26.11.99, S.13) Der Fall Holzmann könnte zum Sarg des noch aus der Junker-Ära, dem Kaiserreich von 1871 - 1914, stammenden Universalbankenwesens in Deutschland werden.

„Rheinischer Kapitalismus“, soziale Marktwirtschaft und die Rolle des bürgerlichen Staates

Die zweite Hauptfrage, welche im Zusammenhang mit dem Fall Holzmann in der Bourgeoisie zur Diskussion kam, war die nach den ordnungspolitischen Kriterien des Kanzlerauftrittes. Hier taten sich vor allem die ordnungspolitischen „Theoretiker“ der FAZ, allen voran einer ihrer dümmsten und plattesten, der Herr Barbier, hervor. „Wer dem Kanzler heute beim Intervenieren hilft, der darf ihn morgen nicht nach der Ordnungspolitik fragen“ (FAZ, 24.11.99, S.1), heißt es da. Und weiter: „Schröder, der Mann der ‘Neuen Mitte’ und Mitautor des liberalistischen Blair-Papiers, flüchtet zurück auf den Weg in den Etatismus.“ (FAZ, 26.11.99, S.13) Und wenn dann der, oben erwähnte, Herr Barbier weiter behauptet: „Das ordnungspolitische Signal dieser durch und durch populistischen Geste ist verheerend“ (FAZ, 26.11.99, S.1), muß er sich allerdings fragen lassen, ob er selbst überhaupt weis von was er redet. Die Frage die hier angesprochen ist, ist die mit welcher Ordnungspolitik wir es in Deutschland zu tun haben. Wenn selbst der Moderator in der ARD im Zusammenhang mit der Politik der Banken während des drohenden Holzmann-Bankrotts, im Stile der DKP, gegen den „Kapitalismus pur“ wettet, sieht man, dass in Deutschland unter „sozialer Marktwirtschaft“ was anderes verstanden wird als ein Kapitalismus „angelsächsischer“ Prägung. Mit dem Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“, dem „sozialen“ Kapitalismus, verbindet sich der Glaube, dauerhaft Möglichkeiten und Formen der sozialen Abfederung des Inhaltes und der Logik der Kapitalbewegung zu finden. Die Erhaltung des „sozialen Friedens“, die soziale Absicherung und Abfederung der Vernichtung von überschüssigen Kapital ist ein integraler Bestandteil dieser sogenannten *sozialen* Marktwirtschaft, was nur ein anderer Name für die korporativistische Form des Kapitalismus in Deutschland ist.

In diesem Kontext ist dann auch die Rolle des bürgerlichen Staates, in Gestalt des Kanzlers Schröder, zu sehen. Die Politik der sozialen Absicherung hat Verfassungsrang und ist ein historisch gewachsener Konsens dieser Republik. Diese Politik ist einer bestimmten Form des Kapitalismus, des „rheinischen“ Kapitalismus, verpflichtet, welche einen einfachen „Crash“, Bankrott in der Großindustrie nach „angelsächsischen“ Prinzipien nicht zuläßt. Die Logik des Kapitals setzt sich in diesen spezifischen, historischen und sozialen Formen des Klassenkompromiss auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft durch. Die wesentlichen Aspekte dieser sozialen Marktwirtschaft sind die, im Grundgesetz festgeschriebene, soziale Bindung des Eigentums, die Tarifautonomie und das Tarifkartell sowie der Sozialstaat. Hier ist dann auch der besondere Charakter der „Unternehmenskultur“ in Deutschland im Unterschied zu den USA und Großbritannien zu suchen, welche Schröder im Zusammenhang mit der Holzmann-Affäre und des „feindlichen“ Übernahmeversuchs bei Mannesmann bemühte. Diese einfachen Tatsachen der sozialen Realität in Deutschland hat unser Kommentator von der FAZ wohl vergessen. Das „ordnungspolitische Signal“ des Kanzlers ist weder „verheerend“ noch „populistisch“ sondern verfassungspolitisch vorgeschrieben.

Im übrigen „gratulierte die Unionsfraktion Schröder zu seinem Vermittlungserfolg.“ (FAZ, 26.11.99, S.1) Und: „‘Arm in Arm’ mit den CDU-Politikern Koch und Roth hat er am Abend durchgesetzt, dass die Holzmann AG die Chance zur Sanierung erhält ...“ (FAZ, 25.11.99, S.1) Die andere große Volkspartei, die CDU, teilt also im Kern die Politik des Bundeskanzlers Schröder.

Heute beginnen diese Formen des korporativistischen Kapitalismus sich an dem Inhalt, der materiellen Logik des Kapitalverhältnisses selbst zu stoßen. „Die soziale Bindung des Eigentums darf nicht dazu führen, dass die Gläubiger auf ihre Forderungen verzichten.“ So ein Manager der Deutschen Bank im Zusammenhang mit der Kritik an den Banken.

„Für alle in diesem Land aber wäre es schlimmer, wenn wirtschaftlich wohlverdiente Pleiten aus politischen Gründen nicht mehr möglich wären. Dann nämlich wäre es auch bald um die Chancen des Marktes geschehen.“ So die Frankfurter Allgemeine noch vor dem Auftritt Schröders in Frankfurt am 24.11.1999. Wie sich an der früher zitierten Stelle von Engels unschwer entnehmen läßt, sehen auch die Kommunisten keine Notwendigkeit „wirtschaftlich wohlverdiente Pleiten“ politisch auf Kosten der Gesellschaft zu verhindern. Allerdings nicht im Glauben an die wundersame Wirkung der „Chancen des Marktes“, sondern umgekehrt. Nur die möglichst freie Entwicklung der Gesetze des Kapitals beschleunigt „die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“ (MEW 25, S.455)

„Wie bezahl ich denn jetzt mein Häuschen?“

So ein Bauarbeiter jammernd in der BILD - Zeitung im Angesicht des bevorstehenden und dann doch noch abgewendeten Holzmannbankrotts. Mit Überschrift auf Seite 3 groß aufgemacht, wohl von dem Wunsch getrieben, dass dieser Herr besonders zu bedauern wäre. Der Herr hatte wohl, wie so viele andere „gutbezahlte“ Facharbeiter auch, in dem Glauben eines lebenslangen „sicheren Arbeitsplatzbesitzes“ (so wie der Bauer lebenslang Besitzer seines Landes ist) im Kapitalismus, einen Kredit von der Bank genommen, um sich ein Haus zu bauen oder zu kaufen. Mit der drohenden Entlassung sind die Eckpfeiler der Wertvorstellungen des guten deutschen Facharbeiters bedroht: die auf dem Hausbesitz begründete Familie und das eigene Fortbewegungsmittel, Familie, Haus und Auto. Wenn ich 100 DM auf die Bank schaffe, bekomme ich einen Zins von, sagen wir mal, 2%. Es ist dies eine, über die Bank vermittelte, Form der Aneignung von Mehrwert durch das Individuum. Die Grundlage für diese Aneignung, ist in der Tatsache zu sehen, dass mit der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise, jede Geldsumme der Tendenz nach den Gebrauchswert Kapital zu sein, dass heißt sich zu verwerten, annimmt. Den Gebrauchswert über unbezahlte Arbeit zu kommandieren und sich anzueignen, sich als Kapital zu verwerten. Die Banken sind die Sammler des disponiblen Geldkapitals der Gesellschaft und stellen es den industriellen Kapitalisten als Geldkapital zur Verfügung. Die Banken treten als Gläubiger und Borger auf. Die Differenz der Zinssätze ist ihr Gewinn. Diese Rolle der Banken ist die Grundlage dafür, das für jede Einlage wie oben, ein Zins gezahlt wird. „Sein Gebrauchswert (des Geldes, A.v.V.) besteht hier eben in dem Profit, den es, in Kapital verwandelt, produziert. In dieser Eigenschaft als mögliches Kapital, als Mittel zur Produktion des Profits, wird es Ware, aber eine Ware sui generis. Oder was auf das selbe herauskommt, Kapital als Kapital wird zur Ware.“ (MEW 25, S.351) Und wenn unser, in kleinbürgerlich-proudhonistischen Ideologien befangener, Facharbeiter bei der Bank Kredit nimmt um „sein Häusle“ zu bauen, macht er eine im Haus angelegte Kapitalanlage die einen entsprechenden Profit, Mietzins genannt, wirft. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob er selbst darin wohnt und damit den Mietzins an sich selbst zahlt, oder ob er vermietet. Die Bank, die ihm für den Hausbau fremdes Geldkapital zur Verfügung stellt, hat einen Anspruch auf einen Teil des Profits, Mietzins, damit sie einen Teil für sich, ihren eigenen Profit, und einen anderen Teil davon, als Borger, den Eigentümer des Geldes zurückgeben kann.

Populistische Phrasen wie die Forderung nach einem Zinsmoratorium (KPD-RM) und nach der Verstaatlichung der Banken (DKP) sind in hier fehl am Platz. Die proudhonistische Vorstellung, dass in der bürgerlichen Gesellschaft der Kredit umsonst gewährt werden könne, ist eine völlig unsinnige Vorstellung. Man kann nicht den Zins abschaffen wollen, ohne das Kapital abzuschaffen, d. h. die kapitalistische Produktionsweise aufzuheben. Für unseren „Häuslebauer“ gilt das gleiche wie für die Holzmann AG, der Bankrott. Wer seine Hypotheken nicht mehr bezahlen kann, soll verkaufen und zur Miete wohnen. „Die Herabdrückung und schließliche Abschaffung des Zinsfußes würde also keineswegs die sogenannte 'Produktivität des Kapitals' wirklich 'bei den Hörnern fassen', sondern nur die Verteilung des der Arbeiterklasse abgenommenen unbezahlten Mehrwerts unter die einzelnen Kapitalisten anders regeln und nicht dem Arbeiter gegenüber dem industriellen Kapitalisten, sondern dem industriellen Kapitalisten gegenüber dem Rentier einen Vorteil sichern.“ (MEW 18, S. 228) Es ist dem Kern nach eine Politik die lediglich dem „schaffenden“ Kapital gegenüber dem „raffenden“ Kapital einen Vorteil verschafft.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass dieser drohende Bankrott einer kleinbürgerlich-proudhonistischen Scheinexistenz eines Teiles der Arbeiterklasse, die sich auf die Illusion eines „lebenslangen Arbeitsplatzbesitzes“ gründet, im objektiven Interesse des ganzen Proletariats ist. Der massenhafte Bankrott derartiger Scheinexistenzen von Teilen des Proletariats, können der Erkenntnis der wirklichen Stellung und Interessen der Klasse nur förderlich sein.

Der Arbeiterbonus der
„Holzmänner“

Im Gegensatz zu den Behauptungen des „Roten Morgen“ konnte von einem wirklichen Kampf der Arbeiter von Holzmann für ihre Interessen keine Rede sein. Die große Mehrheit der Arbeiter der Holzmann AG hat sich an den Protestaktionen gar nicht beteiligt. Der Grundtenor der Auseinandersetzung war einen Kompromiß auf dem Boden der „sozialen Bindung des Eigentums“ zu finden. In diesem Sinne war man bereit große Zugeständnisse zu machen, die sich direkt gegen die eigenen Arbeiter und indirekt gegen alle Arbeiter in der Baubranche richteten. Denn das „Häusle“ muß ja bezahlt werden.

Der Betriebsrat stimmte, ohne großen Widerstand seitens der Arbeiter bei Holzmann, einem Paket zu, dass nicht nur

die Entlassung von 3000 Arbeitern vorsieht, sondern darüber hinaus eine deutliche Verlängerung der Arbeitszeit von 39 auf 43 Std., sowie eine Lohnsenkung von 6%. Diese Regelung soll in einem Haustarifvertrag für Holzmann abgesichert werden.

Dieser Deal zugunsten einer Minderheit der Bauarbeiter, der aristokratisch-ständischen Facharbeiterschaft, verschärft die Konkurrenz unter den Arbeitern in der Baubranche. Er geht vorallem zu Lasten der am schlechtesten bezahlten Teile des Proletariats in der Bauwirtschaft. Die 3000 Entlassungen betreffen hauptsächlich die ausländischen, als Hilfsarbeiter auf dem Bau tätigen Arbeiter. Während die, welche die Mahnwachen ausübten, die Facharbeiter, Poliere, Kranführer etc., die deutsche Arbeiteraristokratie auf dem Bau sind. Dem Wesen der Sache nach haben wir es hier mit dem Pakt von Staat, Kapital und deutscher Facharbeiterschaft gegen die ausländischen Arbeiter im Baugewerbe zu tun. Diese vor allem sollen die Zeche zahlen.

Um den „Arbeiterbonus“ zur Rettung von Holzmann abzusichern, wurde extra ein spezieller Insolvenztarifvertrag abgeschlossen, um die Bestimmungen des Flächentarifvertrages zu umgehen. Dieser spezielle Vertrag wurde bisher von der Mehrheit der Baukapitalisten abgelehnt, da dieser Vertrag Holzmann unzulässige Konkurrenzvorteile verschaffen würde.

Die IG Bau, welche diesen Verrat an den Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder unterschrieben hat, diesen Haustarifvertrag, der die Tarifautonomie und den Flächentarif untergräbt im Interesse der „Häuslebauer“ von Holzmann und formell gegen geltendes Recht verstößt, moniert heute, dass die Kapitalisten nicht zwischen Flächentarif und Insolvenztarifvertrag unterscheiden könnten. Die Kapitalisten können schon, was sie wollen ist jedoch, dass *alle* Arbeiter auf dem Bau 43 Std. arbeiten und 6 % weniger kassieren. Was die Kapitalisten wollen ist die Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Arbeit. Mit der Bereitschaft diesen Haustarifvertrag zu unterschreiben, hat die Gewerkschaft dieser allgemeinen Tendenz des Kapitals die Tore geöffnet. Dies sind die eigentlichen Ergebnisse des „Kampfes“ der „Holzmänner“ gegen die „vaterlandslosen Gesellen“ des deutschen Bankgewerbes.

Das Deutschlandlied

Damit können wir überleiten zu dem eigentlichen Gegensatz, der sich im Fall Holzmann für die Öffentlichkeit auftat. Es ist nicht der Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern der Gegensatz zwischen aristokratisch-ständischer Arbeiterschaft und dem Bankkapital. „In der Finanzmetropole Frankfurt eroberten zwischen den funkelnden Bankentürmen die proletarischen *Traditionstruppen* des Baugewerbes die Straße und feierten den sozialdemokratischen Modernisierungskanzler als Retter. ... 'Gerhard, Gerhard!', riefen sie, und um '21 Uhr 45 sangen sie das Deutschlandlied', so die BILD-Zeitung vom 25. 11. 1999.“ (FAZ, 26.11.99, S.1)

Diese hier beschworenen proletarischen Traditionstruppen, sind die antikommunistisch in der Wolle eingefärbten, sozialdemokratischen Facharbeiter, die Kämpfer der nationalen Arbeit („Fabrik Deutschland“, „Modell Deutschland“) gegen die „vaterlandslosen Gesellen“ des internationalen Finanzkapitals und die ausländischen Arbeiter. Ihr politisch-populistisches Sprachrohr in dieser Auseinandersetzung war die Bild-Zeitung, „die am Tag zuvor einen Sammelsteckbrief der finanzkapitalistischen Bösewichter Deutschlands veröffentlicht hatte. Jetzt weiß jeder, wer die wirklichen vaterlandslosen Gesellen sind.“ (FAZ, 26.11.99, S. 1)

Auch in der Linken machen sich mehr und mehr die Tendenzen breit, die international agierenden Kapitale und das internationale Finanzkapital, als die Wurzel aller Übel zu definieren und den angeblich fehlenden nationalen Handlungsspielraum gegenüber diesen zu monieren. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist wesentlich eine Konkurrenz der Nationen, der national organisierten Kapitale und nicht der sog. „transnationalen Konzerne.“ Die Konsequenz hin zur „nationalen Arbeit“ wurde bisher nicht gezogen, ist aber der Tendenz nach in der Formulierung des Hauptgegners angelegt. Dieser Konkurrenz der nationalen Kapitale auf dem Weltmarkt muß das Proletariat die internationale Solidarität entgegensetzen. Nicht den Internationalismus der „Ethnien“ und des „Multikulturalismus“, sondern den proletarischen Internationalismus als Ausdruck der Tatsache, dass die sozialen Interessen der Arbeiter aller kapitalistischen Nationen die gleichen sind.

Gegen diese aristokratisch-ständische Arbeiterpolitik, wie hier am Beispiel Holzmann dargelegt, müssen die Kommunisten vom Standpunkt sowohl der Einheit der Klasse, wie auch der objektiven Interessen des Proletariats Front machen. Dies gilt sowohl vom prinzipiell-wissenschaftlichen, wie auch vom praktisch-politischen Standpunkt her. Der Hort dieser aristokratisch-ständischen Arbeiterpolitik der Verteidigung der „nationalen Arbeit“, der „Fabrik Deutschland“, ist heute nicht mehr die SPD-Führung um Kanzler Schröder, sondern die sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften, die alten Getreuen Lafontaines und seiner Politik der „sozialen Gerechtigkeit“. Diese Gewerkschaften, deren sozialer Kern der deutsche Facharbeiter mit Familie, Haus und Auto ist, sind ein Bollwerk des korporativistischen System des Kapitalismus in Deutschland, des „rheinischen“ Kapitalismus und der sozialen Marktwirtschaft. Dieses Bollwerk muß fallen, nur dann kann es wieder eine revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland geben.

gruppe: wwwcommunismus.de